

JAROCHNA DĄBROWSKA-BURKHARDT

I et 's talk european!

**pol Itol Ingu Ist Ische üBerlegungen zur *europäischen integration* anhan D Der Deutschen Ber lchterstattung
Im sommer 2015**

prolog

Anlass der folgenden Ausführungen zu den Konzepten: *europäische Integration* und *europäische Identität* ist die Ehrung Gerhard Stickels, dessen Lebensweg zweifellos europäisch ist. Über Jahre hinweg prägt sein Schaffen maßgeblich die Sprachpolitik in Europa. In der letzten Zeit wirbt er als Mitbegründer und langjähriger Präsident der „Europäischen Föderation der nationalen Sprachinstitutionen“ (EFNIL) „für die Bewahrung und Weiterentwicklung der europäischen Sprachenvielfalt als Grundlage der kulturellen und sozialen Vielfalt des Kontinents“ (Stickel 2014, S. 8). Da Europa seit dem Altertum mehrsprachig ist, hat es schon immer Menschen bedurft, die philosophische Konzepte, wissenschaftliche Entdeckungen und politische Ideen in den Übersetzungen bedeutsamer Texte verbreitet bzw. ausgetauscht haben (vgl. ebd., S. 7). Europa, der „plurale Kontinent“, auf dem Menschen verschiedener Muttersprachen miteinander kommunizieren, besitzt zwar eine lange Tradition des Übersetzens, steht aber zugleich vor der Herausforderung der Festlegung gesellschaftlicher und politischer Ordnung der sogenannten „Einheit in Vielfalt“ (vgl. Trenz 2005, S. 13).

Der Fokus folgender Überlegungen liegt auf dem Phänomen des mehrsprachigen Europas, das händeringend Dolmetscher und Übersetzer braucht, die jedoch nicht nur Texte von einer Einzelsprache in eine weitere übersetzen, sondern auch die Beweggründe der anderen Sprachgemeinschaften erklären und Klischees hinterfragen (vgl. Krzemiński 2007b).

1. einleitung

Im folgenden Beitrag, der im Bereich der Politolinguistik und der Diskursanalyse angesiedelt ist, wird auf der Grundlage der deutschen Berichterstattung des Sommers 2015 die brisante Problematik der griechischen Euro-Währungskrise, die das ganze Europa wochenlang in Atem hält, unter die Lupe genommen. Die Debatte über die bis dahin „schwerste Krise der europäischen Integration“ (SZ, 10.7.2015, S. 4) verläuft als äußerst emotional geführter ge-

samteuropäischer Meinungs austausch. Obwohl man annehmen könnte, dass die nervenaufreibenden Auseinandersetzungen über die Euro-Währungskrise eigentlich nur auf Staaten der Euro-Zone begrenzt sein sollten, beweist die europäische Berichterstattung, dass man in der heutigen EU nicht mehr aus der Beobachter-, sondern eigentlich aus der Teilnehmerperspektive berichtet, weil die Probleme eines Landes genauso Schwierigkeiten für andere, die sogar selbst nicht unbedingt in der Euro-Zone sein müssen, bedeuten können (vgl. Rede von Radosław Sikorski in Berlin im November 2011, GW, 30.11.2011, S. 18f.). Im Jahr 2015 wird die griechische Euro-Krise zum Auslöser für Fragen nach der Zukunft Europas. Sie betreffen in erster Linie die Problematik der weiteren Integration und der europäischen Identität.

2. zum untersuchungsgegenstand

Den Gegenstand dieser Studie bildet die Analyse des europaweit geführten Diskurses über die Euro-Währungskrise in Griechenland im öffentlichen politischen Sprachgebrauch Deutschlands. Der Beitrag ist im Bereich der Pragmalinguistik angesiedelt. Der Werkzeugkasten der Polito- und Diskurslinguistik (u.a. Spitzmüller/Warnke 2011, S. 121ff.; Klein 1998, 2006) ermöglicht es, Schlüsselwörter, Metaphern, Stereotype sowie Argumentationsmuster herauszuarbeiten, die sich für den untersuchten Diskurs als bedeutsam erweisen. Der Begriff *Text* wird in Anlehnung an die Sprechakttheorie nicht primär als grammatische Satzfolge betrachtet, sondern als komplexe sprachliche Handlung. Schmidt definiert *Texte* im sprachlichen Sinne als

- (1) soziokommunikativ funktionierende, geäußerte Sprachzeichenmengen, also Texte-in-Funktion im Einbettungsrahmen kommunikativer Handlungsspiele. Als solche sind sie stets sprachlich und sozial bestimmt und definierbar, also keine rein sprachlichen Strukturen, die ausschließlich linguistisch definierbar wären. (Schmidt 1973, S. 145)

Eine auf dieser Auslegung des *Textes* basierende Herangehensweise ermöglicht es, politische, soziale und historische Kommunikationszusammenhänge eines Zeitungstextes zu erschließen und festzulegen, was sich an dem jeweiligen Text als untersuchungsrelevant erweist.

Der *Diskurs* wird in Anlehnung an Busse/Teubert (1994, S. 14) definiert. Ihre Begriffsbestimmung ermöglicht es, den untersuchten Diskurs „als eine Anzahl von inhaltlich zusammenhängenden Texten, Aussagen, Äußerungen bzw. Informationen zu verstehen, die jedoch nicht in einer konkreten Gesprächssituation entstanden sind, sondern sich intertextuell etabliert haben“ (Dąbrowska-Burkhardt 2013, S. 41).

Die Analyse konzentriert sich auf den signifikanten, zentralen Ausdruck des untersuchten medialen Diskurses: die *Euro-Währungskrise*. Seine Ver-

wendung in den analysierten Texten ist überwiegend thematisch und seine auffällige Häufung stellt ein zusätzliches Indiz für dessen Relevanz dar. Darüber hinaus ist es von Bedeutung, dass der analysierte Ausdruck über eine breite Synonymie bzw. Ausdruckskonkurrenz verfügt, indem er in den Texten immer wieder paraphrasiert wird. Bei der Dokumentation des Schlüsselworts *Euro-Währungskrise* spielt sowohl sein historisch-politischer Hintergrund als auch sein semantisch-pragmatischer Gehalt im Diskurs eine signifikante Rolle. Nicht zu unterschätzen ist ebenfalls seine Vernetzung mit anderen sprachlichen Mitteln. Die Verknüpfung des Paradigmas der Politolinguistik mit dem Paradigma der Diskursanalyse wird als Vorteil gesehen, weil sie konkrete sprachliche Analysen mit der hohen Kontextflexibilität des Diskursansatzes verbindet.

Die für die Analyse gewählte Darstellungsform soll philologisch und linguistisch solide sein, d.h. sie wird direkt durch den Text belegt. Die gewählte narrative Form, eng an den Text der Untersuchungskorpora gebunden, arbeitet mit den Techniken der Unterstreichung, der *Kursiv*setzung und des **Fett**drucks. Diese Hervorhebungstechniken innerhalb der präsentierten Belege ermöglichen es, eine intern-kontextuelle Analyse durchzuführen. Eine solche Präsentation soll auch ohne externen Kommentar ersichtlich machen, welche Relationen zwischen dem jeweiligen Schlüsselwort und seinen Varianten sowie Kollokationspartnern jeweils bestehen. In Anlehnung an die These von Bosch/Umbach (2007), dass der salienteste Diskursreferent die bereits etablierte Diskurstopik sei, kann die Referenzsalienz auf umfangreiche Diskurskontinua erweitert werden. So handelt es sich um die Diskurstopik, die als Schlüsselwort im Folgekontext eine spezifische, diskursrelevante Anapherwahl bedingt. Anaphorische Mittel der Diskursreferenz sind hier nicht selten Synonyme oder aber verschiedenartige Kollokationspartner des als Diskurstopik fungierenden Schlüsselworts. Unter korpuspezifischen Kollokationspartnern werden Wörter und Wortgruppen verstanden, die regelhaft im analysierten Diskurs auftreten und aus semantisch-pragmatischen Gründen zusammen sprachlich realisiert werden. Die oben genannten Hervorhebungstechniken erlauben es dem Leser, sich unmittelbar beim Lesen der Belege in mannigfaltigen, diskursrelevanten Zusammenhängen zu orientieren. Mit **fett** wird das Schlüsselwort, mit *kursiv* das Originalzitat aus dem Untersuchungskorpus sowie Termini und Objektbegriffe im laufenden Text, mit Unterstreichung der Kollokationspartner gekennzeichnet.

3. zum untersuchungskorpus

Das Korpus dieses Beitrags besteht aus Zeitungstexten der deutschen Berichterstattung. Da die Tagespresse „Chronist und Dokumentarist des Tagesgeschehens“ ist (vgl. Vogel 1998, S. 35), umfasst das Untersuchungskorpus die in

der Bundesrepublik veröffentlichten überregionalen Zeitungen, zu denen die „Frankfurter Allgemeine Zeitung für Deutschland“ (FAZ) mit der „Frankfurter Sonntagszeitung“ (FAS), „Die Süddeutsche Zeitung“ (SZ), „Die Welt“ (W) samt der Sonntagsausgabe „Welt am Sonntag“ (WamS) und die „Frankfurter Rundschau“ (FR) gehören. Darüber hinaus wird „die tageszeitung“ (taz) in die Untersuchung einbezogen. Obwohl dieses Printmedium eine geringe Auflage aufweist (vgl. Meyn 1987, S. 45), schreiben ihm Plake, Ebers und Laufer-Helfen dank der allgemeinen Bekanntheit dieser Zeitung und dem deutschlandweiten Vertrieb den Status eines überregionalen Presseorgans zu (vgl. Plake/Ebers/Laufer-Helfen 1992, S. 10). Als Wochenzeitung wird im Untersuchungskorpus „Die Zeit“ (Z) herangezogen. Analysiert werden ebenfalls die drei Populärzeitschriften „Spiegel“ (SP), „Stern“ (ST) und „Focus“ (F). Letzten Endes werden die Zeitungen „Bild“ (B) und „Bild am Sonntag“ (BamS), die als Repräsentanten der Boulevardpresse fungieren, ebenfalls berücksichtigt.

Die analysierten Texte wurden innerhalb eines Monats in den überregionalen deutschen Zeitungen und Zeitschriften veröffentlicht. Der Analysezeitraum beginnt am 20. Juni 2015 und endet am 18. Juli 2015. Untersucht werden alle Zeitungstexte, die sich mit dem Thema der Euro-Währungskrise auseinandersetzen bzw. auf diese Problematik Bezug nehmen.

4. *euro-Währungskrise im sommer 2015*

Die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ widmet am 5. Juli 2015 einen Sonderteil ihrer Zeitung, und zwar die Rubrik „Spezial“: „Entscheidungskampf in Griechenland“, der aktuellen Situation in Europa und berichtet:

- (2) Auf allen Kanälen geht es immer nur um das eine: Griechenland. Die ARD sendet fast täglich nach der Tagesschau einen ‘Brennpunkt’ [...] Die Zeitungen [...] widmen einen Sonderteil nach dem anderen dem Thema und richten im Netz Live-Ticker ein. [...] Nicht nur die Medien, auch die Leute diskutieren. [...] Das hat Gründe. Die europäische Gemeinschaft war nie frei von **Krisen**. Aber immer gab es das Gefühl, **Krisen** halten den Gang des Fortschritts nicht auf. (FAS, 5.7.2015, S. 25)

Die deutsche Presse hebt besonders die Eigenart der aktuellen Krise hervor, die *einen Keil in sie [EU] treib[t]* (FAZ, 13.7.2015, S. 1), *destruktive Kräfte freisetzt, Animositäten und Ressentiments schürt* (SP, 4.7.2015, S. 126) sowie *die Beziehungen weiter [...] verschlechter[t]* (SP, 18.7.2015, S. 128). Das Magazin „Der Spiegel“ berichtet vom *Epochenbruch, der das Verhältnis zweier oder mehrerer Nationen [beschädigt]* (SP, 18.7.2015, S. 128). Meldungen wie: *Die Zivilität und Mäßigung gehen in Europa zuschanden in atemberaubenden Tempo* oder *Der Fall Griechenland bringt das romantische Europäertum an sein Ende* (SP, 11.7.2015, S. 17) erscheinen in allen deutschen Printmedien Tag für Tag. Berichtet wird

fast überall darüber, dass die Krise in der EU nicht nur wirtschaftlicher Natur ist. Die taz schreibt von der *Erosion der europäischen Idee* (taz, 9.7.2015, S. 12), die FR formuliert *Das war's dann mit dem gemeinsamen Europa, mit der Solidarität* (FR, 6.7.2015, S. 13). Die FAZ zitiert in der Spalte „Stimmer der Anderen“ die italienische Zeitung „Corriere della Sera“ und berichtet:

- (3) Das wirkliche Drama der **Griechenland-Krise** übersteigt die wirtschaftlichen Kosten und besteht darin, dass das gegenseitige Vertrauen in Europa einen weiteren schweren Schlag bekommen hat. Die Ansteckungsgefahr aus Griechenland ist nicht die direkte wirtschaftliche, sondern der Verfall des Vertrauens zwischen Nord (‘der faule und unzuverlässige Mittelmeerraum’) und Süd (‘die strengen und schlechten Deutschen’). (FAZ, 4.7.2015, S. 2)

Diese Entwicklung registrieren ebenfalls weitere Printmedien. Die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ berichtet, dass *unschöne, ja böse Worte im Norden wie im Süden übereinander und gegeneinander [fallen]* (FAS, 5.7.2015, S. 25). Es werden Fragen gestellt nach der *Eurozone aus reichen und armen Ländern [...] aus Herren und Sklaven* (FAS, 5.7.2015, S. 2). In einem Leserbrief an die „Frankfurter Rundschau“ plädiert ein Leser dafür *nicht nur in Griechenland [...] das weitere Absinken in egoistischen Nationalismus und soziale Kälte zu stoppen* (FR, 4./5.7.2015, S. 22). „Der Spiegel“ spricht von der *höhnische[n] Hetze deutscher Boulevardzeitungen und dem kalte[n] Hass in griechischen Medien, von Entfremdung, ja Feindschaft* (SP, 11.7.2015, S. 17). Diese Entwicklung subsumiert die FAS: *Das Nationale, das die Freunde des Utopischen für überwunden angesehen haben, ist immer noch da* (FAS, 5.7.2015, S. 25).

5. k r i s e d e r e u r o p ä i s c h e n I n t e g r a t i o n – e n d e d e r e u r o m a n t i k ?

In der „Spiegel“-Ausgabe vom 4. Juli 2015 wird der Mainzer Historiker Andreas Rödder zum Thema des europäischen Integrationsprojekts interviewt. Er spricht darüber, dass *Europa an einer Gabelung stehe*, weil seit Jahrzehnten zum ersten Mal *eine lange Entwicklungsphase beendet* sei (SP, 4.7.2015, S. 124). Darüber hinaus schließt Rödder nicht aus, dass *Europa in eine andere Richtung abbiegt und auf dem Pfad zu einer immer engeren Union ein Haltepunkt erreicht* ist (SP, 4.7.2015, S. 124). Der lexikalische Ausdruck *immer engere Union* stellt im analysierten Diskursausschnitt ein weiteres Schlüsselwort dar. Dieser Terminus *technicus* entstammt dem juristischen Bereich und bildet gleichzeitig eine Kollokation zum Schlüsselwort *Euro-Währungskrise*. Die Formulierung *immer engere Union* findet man im „Vertrag über die europäische Union“ (VEU) bereits in seiner Präambel: „Entschlossen, den Prozess der Schaffung einer **immer engeren Union der Völker Europas**, in der die Entscheidungen entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip möglichst bürgernah getroffen werden, weiterzuführen“ (VEU). Wiederholt wird die Formulierung in demselben

Dokument: VEU 2012, Teil I, Art. 1 „Gemeinsame Bestimmungen“, in dem es heißt, dass dieser Vertrag „eine neue Stufe bei der Verwirklichung einer **immer engeren Union der Völker Europas**“ darstelle (VEU 2012, Teil I, Art. 1).

Mit den beiden Vertrags-Einträgen wird den EU-Staaten ans Herz gelegt, innerhalb des geschlossenen Bündnisses immer stärker, d.h. intensiver, zusammenzuarbeiten bzw. zusammenzurücken. Die Richtung der Integration ist damit klar vorgegeben, nach dem Motto *mehr Integration* (FAZ, 5.7.2015, S. 25). Im Sommer 2015 wird diese Art der Verbundenheit jedoch angezweifelt. Die FAZ vom 1. Juli berichtet:

- (4) Nicht nur der britische Premierminister stellt sie mittlerweile in Frage, die „**immer engere Union**“, zu der sich die EU-Staaten vertraglich zusammengeschlossen haben“. Ursprünglich war sie als ewiges Bündnis gedacht: Bis zum Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon kannte die EU kein Austrittsrecht, jedenfalls kein ausdrücklich geregeltes. Seitdem heißt es: „Jeder Mitgliedstaat kann im Einklang mit seinen Vorschriften beschließen, aus der Union auszutreten.“ Das muss der austrittswillige Staat dem Europäischen Rat mitteilen; daraufhin handelt die Union ein Abkommen über die Einzelheiten aus [...] Ein Ausschluss etwa eines unbotmäßigen Mitgliedstaates ist dagegen nicht vorgesehen. Auch aus der Währungsunion kann kein Land auf einem vertraglich vorgesehenen Wege ausgeschlossen werden: ein Austritt ist ebenfalls nicht vorgesehen. Das heißt aber nicht, dass er nicht möglich wäre – denn jede (vertragliche) Bindung von der Ehe bis zum Friedensvertrag kann auch scheitern. (FAZ, 1.7.2015, S. 8)

Dieser Sachverhalt wird von den Redakteuren der Wochenzeitung „Die Zeit“ ähnlich präsentiert. Unter der Überschrift *Die letzten Tage des alten Europa* (Z, 25.6.15, S. 2) kann man lesen:

- (5) Es gibt diesen Satz in der Präambel der Europäischen Verträge, der seit mehr als einem halben Jahrhundert die Richtung in Europa vorgibt: hin zu einem **‘immer engeren Zusammenschluss der europäischen Völker’**. Im Geiste dieses Satzes haben die Mitgliedsstaaten der EU auch in schwierigen Zeiten für alle Konflikte eine Lösung gefunden, weil am Ende alle bereit waren, die nationalen Interessen der gemeinsamen Sache unterzuordnen. Nun aber ist man einmal bis zum Äußersten gegangen: Die Griechen hätten den Austritt ihres Landes in Kauf genommen – und die Europäer hätten das Auseinanderbrechen der Währungsunion zugelassen [...] In diesen Tagen hat sich gezeigt, dass die Entwicklung nicht nur eine Richtung nehmen kann. Denn wenn der Zwang zur Einigung entfällt dann gibt es irgendwann auch keinen Kompromiss mehr. (Z, 25.6.2015, S. 2)

Im gleichen Ton berichtet ebenfalls die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“, in der den Europäern von früher und von heute diametral entgegengesetzte Anliegen und Ziele attestiert werden:

- (6) Wohin der europäische Fortschritt zu gehen hatte, das war zumindest in den Eliten klar – nach vorne, in Richtung von **mehr Integration**. „Erweiterung und

Vertiefung“, so lautet eine der vielen Pathosformeln, welche die Europäer in den vergangenen 70 Jahren erfunden haben. Der Euro hatte als „Vertiefung“ zu zählen – als anziehender Magnet, zu dem immer mehr Staaten sich hingezogen fühlen sollten. Dieser Konsens ist zerbrochen. Unwiederbringlich. Die Erosion hat sich lange angedeutet. Seit der ersten Juliwoche des Jahres 2015 wird Europa nicht mehr das sein, was es vorher gewesen ist. (FAS, 5.7.2015, S. 25)

Die *immer engere Union* wird auch von dem Historiker Andreas Rödder im bereits zitierten „Spiegel“-Interview in Frage gestellt. Er nimmt Bezug auf die *tief liegenden politisch-kulturellen Differenzen in Europa*, die viele *nicht wahrhaben wollen* (SP, 4.7.2015, S. 126). Nach Rödder bestehen diese Differenzen

- (7) vor allem in der unterschiedlichen Interpretationen von Regeln. Was für die Deutschen rechtsverbindliche Verträge sind, ist für die Franzosen und andere Südeuropäer die republikanische Politik; was für die Deutschen Stabilität ist, ist für sie der Sozialstaat; und was für Deutschland das Trauma der Inflation ist, ist für Frankreich das Trauma der deutschen Vorherrschaft in Europa. In der Währungsunion wollte man zusammenzwingen, was so leicht nicht zusammenpasst. [...] Den verschiedenen [...] Interessen hat man eine gemeinsame europäische Erzählung übergestülpt. Das große Friedens- und Versöhnungsnarrativ ist ja im Kern nicht falsch, aber es verdeckte zugleich weiter wirkende Differenzen. [...] Darin besteht das Problem der europäischen Integration in den letzten 20, 30 Jahren. Sie hat die gute Idee der europäischen Einheit überdehnt, nicht nur ökonomisch, sondern auch kulturell und politisch. [...] Es könnte Europa stärker machen, neu zu sortieren, was funktioniert und was nicht, statt auf Teufel komm raus in eine immer engere Union zu marschieren, die am Ende destruktive Kräfte freisetzt, Animositäten und Ressentiments schürt. (SP, 4.7.2015, S. 126)

6. zum deutsch-französischen *Motor der integration*

Bereits 1946 plädiert Winston Churchill in Zürich dafür, eine „Struktur“ zu schaffen, „die vielleicht die Vereinigten Staaten von Europa heißen wird“ und deren „erster Schritt bei der Neugründung der europäischen Familie“ „eine Partnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland“ sein müsse (Churchill 1946, S. 85). In seiner Zürcher Rede heißt es: „Es gibt kein Wiederaufleben Europas ohne ein geistig großes Frankreich und ein geistig großes Deutschland“ (ebd., S. 85). Diesem *deutsch-französische[n] enge[n] Schulterchluss* (FR, 6.6.2000, S. 6) wird in der Nachkriegszeit in der deutschen Berichterstattung immer wieder eine besondere Rolle zugeschrieben (vgl. Dąbrowska-Burkhardt 2013, S. 404ff.). Im Sommer 2015 erleidet jedoch auch diese Beziehung einen schweren Rückschlag. Die FAZ berichtet:

- (8) Die **griechische Krise** ist zum Spaltpilz geworden, der sich lange unter der Oberfläche ausbreite und jetzt überall durch den Asphalt bricht. Den größten Schaden kann er in den Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich

anrichten. Paris und Berlin haben oft unterschiedliche Ansichten und Ansätze in der europäischen Politik verfolgt sich in Richtungsfragen aber so gut wie immer verständigen können. Der Raum für Kompromisse in dieser **Krise** [...] wird jedoch kleiner [...] Die deutsche Europapolitik ist im Zuge der **Zuspitzung der Griechenland-Krise** deutscher geworden die französische französi- scher. Der Konflikt zwischen dem Norden und dem Süden in der EU zieht sich nicht nur durch Frankreich selbst, sondern auch durch das deutsch-französi- sche Verhältnis. Das ist ein noch erheblich größerer Grund zur Sorge als der Zustand Griechenlands. Wenn die beiden europäischen Führungsmächte bei der nötigen Reformierung der EU nicht mehr an einem Strang zögen, sähe es düster aus für deren Zukunft. (FAZ, 13.7.2015, S. 1)

In einem ähnlich bedrückend negativen Ton berichtet über die deutsch-französischen Beziehungen die „Frankfurter Rundschau“. Dort heißt es:

- (9) **Griechenland-Krise.** Die neuen Gipfelgespräche [...] machen deutlich, dass nicht nur die Griechen ein Problem haben. Denn wenn der Euro scheitert, scheitert auch die deutsche Regierung. [...] In diesem Streit laufen verwirrend viele Verwerfungslinien durch Europa. Vielleicht zu viele. Nur Frankreich und Italien bemühten sich um Griechenland. [...] Ein Riss durchzieht Europa. Er verläuft mitten zwischen Paris und Berlin. Merkel sei wenig erfreut, dass französische Beamte beim griechischen Hilfsantrag assistierten. [...] Aus diesem Konflikt werden Wunden bleiben. (FR, 13.7.2015, S. 2)

Die Zeitung „Die Welt“ hält mit dieser Berichterstattung Schritt. Unter der Überschrift: *Tsipras treibt einen Riss durch Europa* findet man folgende Ausführungen:

- (10) Die frühere Einigkeit der Euro-Länder ist dahin [...] Die zunehmende Kluft zwischen Deutschland und Frankreich könnte zwar einerseits Gespräche überhaupt erst ermöglichen – wenn [...] Hollande sich gegen Merkel durchsetzt. Andererseits dürfte die zunehmende Kluft zwischen den beiden führenden Nationen der Währungsunion Verhandlungen erschweren, weil beide Länder sich gegenseitig blockieren. [...] Ein Riss entsteht. (W, 8.7.2015, S. 6)

Die widersprüchlichen Interessen der europäischen Länder werden in der deutschen Berichterstattung über die Krise in Griechenland besonders deutlich. In den analysierten Zeitungstexten findet man Karten, auf denen Europa nach der Einstellung der Länder „zu neuen Griechenland-Hilfen“ aufgeteilt wird (W, 6.7.2015, S. 6). In diesem Kontext ist die Rede von den sogenannten *Nein-Staaten*, *Ja-Staaten* und den *Unentschiedenen* (W, 8.7.2015, S. 6). Es wird von der *vorausseilenden Integration über eine Währung* berichtet (FAS, 5.7.2015, S. 25). Die Debatte gestaltet sich nervenaufreibend, weil viele schwierige Inhalte thematisiert werden, die gegenseitige Empfindlichkeiten berühren.

7. ***Kerneuropa* und *europa der zwei geschwindigkeiten* – problemlösung der euro-währungskrise?**

Die lexikalischen Ausdrücke *Kerneuropa* sowie *Europa der zwei Geschwindigkeiten* gehören im analysierten Diskurs zu den wichtigen Kollokationspartnern des Schlüsselwortes *Euro-Währungskrise*. Beide Formulierungen beziehen sich auf das Leitbild der „schrittweisen Integration“ (Fischer 2000, S. 32) und treten in den untersuchten Texten vermehrt auf. Sie sorgen seit Jahren für heftige Debatten in Europa (vgl. Dąbrowska-Burkhardt 2013, S. 3ff.) und werden immer wieder dann zur Sprache gebracht, wenn sich Europa nach neuen Integrationsmodellen umschaut bzw. sich in einer kritischen Situation befindet (z.B. 2000, 2004, 2005 etc.).

Das Lexem *Kerneuropa* findet Einzug in das Neologismenwörterbuch des Instituts für deutsche Sprache, in dem es als Neulexem seit Anfang der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts in Gebrauch seiend beschrieben wird. Es bezieht sich auf eine „Gruppe von EU-Mitgliedsländern, die in Bezug auf die Integration in der EU besonders fortgeschritten sind“, wobei es „meist mit Bezug auf einige der Gründungsmitglieder der EU wie Deutschland, Frankreich und die Benelux-Länder“ verwendet wird. Im zitierten Wörterbuch findet ebenfalls der Wertungsaspekt seine Berücksichtigung: „steht für ein politisches Konzept, nach dem einer kleineren Zahl von EU-Mitgliedsländern eine Vorreiterrolle für die Weiterentwicklung und Integration der gesamten EU zudedacht wird“ (Herberg et al. 2004, S. 185). Das Konzept vom *Europa der zwei Geschwindigkeiten* fokussiert ebenfalls eine Integrationsmethode, die oft als *abgestufte Integration* verstanden wird (vgl. Emmanouilidis 2011, S. 224). Die jeweils „zweite“ Geschwindigkeit kann dabei zum einen euphemistisch als Quasi-Synonym zu ‚Langsamkeit‘ verwendet werden, zum anderen aber auch als eine relativ neutrale Bezeichnung für ‚etwas langsameres Entwicklungstempo‘ (vgl. Dąbrowska-Burkhardt 2013, S. 386). In der Wochenzeitschrift „Focus“ werden die beiden Integrationskonzepte gemeinsam angeführt:

- (11) Schäuble und Lamers wollten nicht, dass die langsamsten Europäer das Tempo bestimmen. Sie forderten „**Kernländer**“, die vorangehen und Tempo machen. Auch bei der Währung sollten einige Staaten ihre Haushalts-, Wirtschafts- und Sozialpolitik enger bestimmen. Den Fall Griechenland hätte das wohl verhindert. „**Ein Europa unterschiedlicher Geschwindigkeiten** böte den Ausweg aus einigen Problemen, die wir gerade haben“, meint Lamers noch heute. [...] Egoistische Länder sollen die anderen nicht bremsen. Der Traum von **Kerneuropa** ist nicht tot. [...] Lambsdorff (FDP) sowie Frankreichs Wirtschaftsminister [...] Macron und [...] Gabriel [...] treiben ähnliche Ideen voran. (F, 29/2015, S. 35)

Diese erwähnten Integrationsansätze von Macron und Gabriel verfolgt ihr gemeinsames Papier, auf welches die Wochenzeitschrift „Der Spiegel“ Bezug nimmt. Dort heißt es:

- (12) „Ein Europäer zu sein heißt, einen europäischen Traum zu haben“, sagte [...] [Macron]. Deutsche und Franzosen müssten „die Turbine Europas“ sein und bei der Integration der Länder der Eurozone voranschreiten, sagt Macron und lobte sich und [...] Gabriel für einen Diskussionsbeitrag, der Anfang Juni [...] erschienen ist. Dort plädierten die beiden Politiker für **eine tief greifende Wirtschafts- und Sozialunion Kerneuropas**. Als Antwort auf die Krise in Griechenland und anderswo wollen die beiden einen Konvergenzprozess zwischen den Volkswirtschaften in der Eurozone anstoßen [...] Merkel steht, gemeinsam mit dem französischen Präsidenten Hollande, entschieden auf der Bremse [...] Ein Ausstieg Griechenlands aus der Währungsunion könnte viele Skeptiker überzeugen, dass eine stärkere Integration der EU sinnvoll ist. (SP, 26/2015, S. 13)

Die Problematik der voranschreitenden Integration in der Zeit der Euro-Währungskrise ist auch das Thema des „Stern“-Interviews mit dem deutschen Historiker Heinrich August Winkler. Zur Integration Europas äußert er sich folgendermaßen:

- (13) [...] Merkel hat jedenfalls erkannt, dass nur Deutschland und Frankreich gemeinsam Europa weiter auf dem Weg der Integration voranbringen. Fürs Erste aber bedarf Europa verstärkter Zusammenarbeit zwischen den Regierungen [...] Wir brauchen ein Europa, das kraftvoll mit einer Stimme spricht. Leider haben wir es unter den 28 Mitgliedern der EU aber auch mit einigen Staaten zu tun, die sich versündigen gegen die Grundprinzipien Europas [...] STERN: Heißt: Wir leben in einem **Europa der zwei Geschwindigkeiten?** Winkler: Wir befinden uns in einem **Europa mehrerer Geschwindigkeiten**. (ST, 2.7.2015, S. 42)

Einen äußerst spannenden Beitrag zum Thema der Integration präsentiert Carolin Emcke in der Wochenendausgabe der „Süddeutschen Zeitung“ vom 4./5.7.2015. Sie berichtet über den „zersplitterten europäischen Diskurs“ und greift dabei auf Aristoteles zurück:

- (14) In seinen Betrachtungen über den Aufbau des Kosmos, „De Caelo“, schreibt Aristoteles um 350 vor Christus, „dass die Masse (der Erde) überall gleichmäßig werden wird, wenn sich die Teile überall von den Enden her gleichmäßig zur Mitte hin bewegen. Denn wenn überall gleichmäßig zugeführt wird, so muss der Abstand der Grenze zur Mitte immer derselbe sein.“ Was bei Aristoteles als Argument für die kugelförmige Gestalt der Erde gedacht ist, dass der Abstand der Grenze zur Mitte immer derselbe sei, könnte auch eine schöne Beschreibung dessen sein, was dem europäischen Kosmos derzeit abgeht: das Wissen darum, dass Europa nur da existiert, wo es sich nicht mehr in Kategorien von Zentrum und Peripherie versteht, dass Europa sich nur da verwirk-

licht, wo alle Gesellschaften im selben Abstand zur Mitte gedacht werden und wo die Vielfalt der Sprachen und Blickrichtungen nicht in einmütige Provinzialität übersetzt wird. (SZ, 4./5.7.2015, S. 5)

8. sprache der Integration? | et's talk european

Der von Carolin Emcke erwähnte „zersplitterte europäische Diskurs“ bedarf nach ihrer Meinung *nicht allein einer politischen Architektur, sondern auch einer unabhängigen Öffentlichkeit, die mehr ist als nur mediale Spiegelung jeweils national bevorzugter Wahrnehmungs- und Deutungsmuster* (SZ, 4./5.7.2015, S. 5). In ähnlichem Ton beklagt Heribert Seifert bereits 2007 in der „Neuen Zürcher Zeitung“ den Zustand, dass hauptsächlich in den nationalen Medien über gesamteuropäische Themen debattiert werden muss, weil ein gemeinsames Mediensystem in Europa fehle. Eine einzige Ausnahme bilden auf diesem Feld die sogenannten *supranationalen Wirtschaftsblätter*, wie die „Financial Times“ oder der „Economist“, die sich jedoch an eine klar definierte Leserschaft wenden (vgl. Seifert 2007, S. B5). Nicht viel anders argumentiert auch der polnische Redakteur der Warschauer Wochenzeitung „Polityka“, Adam Krzemiński, in einem Zeitungstext der „Frankfurter Rundschau“ mit der Überschrift „Der unbekannt Nachbar“ (Krzemiński 2007b, S. 12). Krzemiński betont, dass in Europa 2007 weder vom übernationalen Mediensystem noch von der kollektiven Identität, die über eine gemeinsame Sprache verfügt, die Rede sein kann. Mit dem Englischen als *lingua franca* in Europa kommt man zwar weit, aber nicht weit genug, heißt es in dem Beitrag (vgl. Krzemiński 2007b, S. 12). Diese Thematik ist natürlich nicht neu. Bereits am 25. Oktober 1978 veröffentlicht die „Frankfurter Allgemeine Zeitung für Deutschland“ auf ihrer ersten Seite einen Kommentar mit der provokativen Frage: *Ein Europa – eine Sprache?* Die Ausführungen des Journalisten enden in der Folgerung: *Die Nationalsprachen sind Europa nicht im Wege, sie sind ihm nicht hinderlich, sie sind das Gemein-Europäische* (FAZ, 25.10.1978, S. 1). Dreißig Jahre später plädiert Krzemiński auf der Internetplattform *signasight.com* *Let's talk European!* für das europäische Bewusstsein, ohne welches es eine „europäische Föderation“ nicht geben kann (vgl. Krzemiński 2007a, S. 12). Bei dem *European* handelt es sich natürlich nicht um eine Welthilfssprache wie Esperanto oder Ido, die Europäer lernen sollten, um miteinander ins Gespräch zu kommen, sondern um die europäische Öffentlichkeit, die aus dem Allgemeinwissen voneinander, dem gegenseitigen Verständnis füreinander und dem Einfühlungsvermögen für die Lage der „Anderen“ besteht. Leider beweist die Analyse der deutschen Berichterstattung während der Euro-Währungskrise in Griechenland, dass die Europäer von dem postulierten *European* noch weit entfernt sind. Darüber berichtet Carolin Emcke in der „Süddeutschen Zeitung“:

- (15) In der **Krise** zeigt sich, dass die Europäer kein Vokabular füreinander haben. Es reicht nicht, einzelne griechische Stimmen in die hübsch homogenen Gesprächskreise hiesiger öffentlich-rechtlicher Sender einzuladen. Das ist ehrenwert, versucht aber doch nur in der Not der Aktualität zu kompensieren, was sich langfristig nicht kompensieren lässt: das fehlende Wissen voneinander, das beschränkte Vokabular füreinander, die unvollständige kognitive Karte Europas. Es braucht vielmehr eine so alltägliche wie kontinuierliche Selbstverständigung darüber, wer wir sein wollen, was und wer schutzbedürftig ist in Europa, welche Differenzen anerkannt und welche abgebaut werden sollten, welche Verbindlichkeiten als zumutbar und welche Diskriminierungen als nicht tolerabel gelten sollten. (SZ, 4./5.7.2015, S. 5)

In der SZ können wir aber auch lesen, dass in den sozialen Netzwerken bereits eine Vorahnung davon existiere, wie *ein solch offenes, vielsprachiges Miteinander, das nicht nur die politischen, sondern auch die ästhetischen Vorstellungsräume Europas erweitert*, funktionieren könnte (SZ, 4./5.7.2015, S. 5). Diese Meinung kann jedoch dadurch angefochten werden, dass der postulierte Diskurs nicht alle Regionen und Schichten, die beteiligt werden sollten, umfasst, sondern vor allem *auf die Teil- oder Gegenöffentlichkeiten eines eher exklusiven oder jüngeren Milieus* begrenzt sei.

9. **fazit**

Das Untersuchungsziel dieses Beitrags bestand darin, mit diskurs- und politolinguistischen Methoden herauszuarbeiten, wie der im Sommer 2015 europaweit geführte Diskurs über die Euro-Währungskrise in Griechenland sich im öffentlichen politischen Sprachgebrauch Deutschlands manifestiert. Es wurde ein Versuch unternommen aufzuzeigen, dass die gemeinsame Sprache keine *Conditio sine qua non* für die Bildung der europäischen Öffentlichkeit ist. Die europäische Öffentlichkeit ergibt sich nämlich nicht allein aus der Vernetzung nationaler Öffentlichkeiten, im Sinne der Beschäftigung mit den gleichen Themen zur gleichen Zeit, sondern aus der Hinterfragung von Stereotypen, Vorurteilen und Klischees. Das Sich-Hineinversetzen in die Lage des Anderen, das Nachempfinden seiner Situation, das auf profunden Kenntnissen basiert, ermöglicht uns „Europa nicht mehr lokal oder imperial, sondern so vielsprachig und multiperspektivisch“ (SZ, 4./5.7.2015, S. 5), wie es ist, wahrzunehmen.

10. **literatur**

- Bosch, Peter/Umbach, Carla (2007): Reference Determination for Demonstrative Pronouns. In: ZAS Papers in Linguistics 48, S. 39-51.
- Busse, Dietrich/Teubert, Wolfgang (1994): Ist Diskurs ein sprachwissenschaftliches Objekt? Zur Methodenfrage der historischen Semantik. In: Busse, Dietrich/Her-

- manns, Fritz/Teubert, Wolfgang (Hg.): Begriffsgeschichte und Diskursgeschichte. Methodenfragen und Forschungsergebnisse der historischen Semantik. Opladen, S. 10-28.
- Churchill, Winston (1946): Rede Churchills am 19. September 1946 in Zürich. In: Auswärtiges Amt (Hg.): Europa Dokumente zur Frage der europäischen Einigung. Bonn, S. 84-85.
- Dąbrowska-Burkhardt, Jarochna (2013): Die gesamteuropäischen Verfassungsprojekte im transnationalen Diskurs. Eine kontrastive linguistische Analyse der deutschen und polnischen Berichterstattung. Zielona Góra.
- Emmanouilidis, Janis A. (2011): Flexibilisierung. In: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hg.): Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration. 12. Aufl. Baden-Baden, S. 223-228.
- Fischer, Joschka (2000): Vom Staatenverbund zur Föderation. Gedanken über die Finalität der europäischen Integration. Frankfurt a.M.
- Herberg, Dieter et al. (2004): Neuer Wortschatz. Neologismen der 90er Jahre im Deutschen. (= Schriften des Instituts für Deutsche Sprache 11). Berlin.
- Klein, Josef (1998): Politische Kommunikation – Sprachwissenschaftliche Perspektiven. In: Jarren, Otfried/Sarcinelli, Ulrich/Saxer, Ulrich (Hg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil. Wiesbaden/Opladen, S. 186-210.
- Klein, Josef (2006): Pragmatik und Hermeneutik als Gelingensbedingungen für Politolinguistik. In: Girnth, Heiko/Spieß, Constanze (Hg.): Strategien politischer Kommunikation. Pragmatische Analysen. (= Philologische Studien und Quellen 200). Berlin, S. 17-26.
- Krzemiński, Adam (2007a): From closed circuits to communicating tubes. Online unter: www.signandsight.com/features/1400.html (Stand: 18.6.2007).
- Krzemiński, Adam (2007b): Der unbekante Nachbar. In: Frankfurter Rundschau, 22.6.2007, S. 12.
- Meyn, Hermann (1987): Die Medienlandschaft der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bestandsaufnahme. In: Landeszentrale für Politische Bildung Baden Württemberg (Hrsg.): Medienpolitik. Kohlhammer Taschenbücher 1077. (= Bürger im Staat). Stuttgart et al., S. 38-70.
- Plake, Klaus/Ebers, Nicola/Lauffer-Helfen, Birgitt (1992): Presse ohne Profil? Ein empirisches Verfahren zur Identifizierbarkeit überregionaler Tageszeitungen. (= Beiträge aus dem Fachbereich Pädagogik 2). Hamburg.
- Schmidt, Siegfried J. (1973): Texttheorie. Probleme einer Linguistik der sprachlichen Kommunikation. München.
- Seifert, Heribert (2007): Unerfüllte Sehnsucht nach Europa. In der Medienberichterstattung dominiert weiterhin der nationale Blickwinkel. In: Neue Zürcher Zeitung, Nr. 285, 7.12.2007, S. B5.
- Spitzmüller, Jürgen/Warneke, Ingo H. (2011): Diskurslinguistik. Eine Einführung in Theorien und Methoden der transtextuellen Sprachanalyse. Berlin/Boston.

- Stickel, Gerhard (2014): Vorwort. In: Stickel, Gerhard (Hg.): Translation and interpretation in Europe. Contributions to the Annual Conference 2013 of EFNIL in Vilnius. (= Duisburger Arbeiten zur Sprach- und Kulturwissenschaft 102). Frankfurt a.M., S. 7-8.
- Trenz, Hans-Jörg (2005): Europa in den Medien. Die europäische Integration im Spiegel nationaler Öffentlichkeit. (= Campus Forschung 890). Frankfurt a.M./New York.
- Vertrag über die Europäische Union (VEU) (2012): Konsolidierte Fassungen des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union. 2012/C 326/01. <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex%3A12012M%2FTXT> (Stand: 26.10.2012).
- Vogel, Andreas (1998): Die populäre Presse in Deutschland. Ihre Grundlagen, Strukturen und Strategien. München.